

Kriegszustand an der Elbe

Als die ersten Bilder von der Nacht- und Nebelaktion für das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf im Fernsehen erschienen, glaubte man tatsächlich an das Aufstellen von neuen Grenzbefestigungen auf seiten der DDR. Als jedoch klar wurde, daß man es mit einem Großbetrug und der Vergewaltigung von Bundesbürgern durch die Behörden zu tun hatte, war man anfangs wie gelähmt.

Alle früheren bitteren Erfahrungen beim Streit um den Bau von Atomkraftwerken wurden bestätigt und hatten hier eine neue, schlimmere Variante erhalten.

Man muß davon ausgehen, daß der Bundesinnenminister noch vor kurzem erklärt hatte, er werde keine Neugenehmigung für Kernkraftwerke erteilen und andere zurückziehen, wenn das Problem der Wiederaufbereitung und der Atommüll-Lagerung nicht zufriedenstellend gelöst sei. Es gibt keine Anzeichen dafür. Umso mehr wird bei dem Vorgehen in Brokdorf die ganze Hinterhältigkeit der Strategie gegen den Bürger offenbar.

Obwohl die schleswig-holsteinische Landesregierung die Pläne seit Anfang der 70er Jahre besaß, erfuhr die Öffentlichkeit das erst nach zwei weiteren Jahren. Zur gleichen Zeit begann wie andernorts die massive Überredungs- und Verharmlosungspropaganda, wobei Behörden und Industrie Hand in Hand arbeiteten. Alle schon erprobten Praktiken, wie Blockierung von Gegengutachten bei öffentlichen Anhörungen, Verhinderung genauer Planeinsichten mit bürokratischen Tricks, wurden perfektioniert.

Generalstabsmäßig wurde auch der überraschende Baubeginn vorbereitet. Was sonst nur an Staatsgrenzen und bei Kriegsdrohung vor sich geht, wurde hier zu einem innerstaatlichen, überfallartigen Gewalteinbruch. Dazu paßt die Vorverständigung regierungstreuer Presseorgane mit Schweigeverbot bis zum Beginn der Aktion. In der Wochenzeitung »Die Zeit« (5. 11. 1976) wurden sie namentlich aufgeführt (s. S. 3).

Alles lief dann programmgemäß ab: Ausrollen des Stacheldrahtes, Aufbau der Wachbuden und Hundeställe für die neuartige Privatarmee unter dem Schutz der Polizei als Freund und Helfer. Allerdings wurden gegenüber den schockierten Bürgern, die sich danach wieder zum Protest formierten, Schlagstöcke, Wasserwerfer und die berüchtigten »chemischen Keulen« eingesetzt, mit denen mehrere Demonstranten krankenhaushausreif gemacht wurden.

Wider besseres Wissen wurde die Brutalität mit Störungen durch Kommunisten zu rechtfertigen versucht. Die Diffamierung großer Gruppen rechtschaffener Bürger wegen einiger Hitzköpfe ist anscheinend seit den Wyhler Affären ein immer wieder beliebtes Mittel, um Gewalt und Terror von oben als rechtmäßig für die Erhaltung »von Zucht und Ordnung« zu erklären.

Die Presse hat — je nach der Verfilzung mit Staat und Wirtschaft — unterschiedlich berichtet. Es soll aber herausgehoben werden, daß es Gott sei Dank einige mutige Journalisten gab, die sich nicht zu sagen scheuten, wie sehr uns diese Praktiken in die Nähe des Polizeistaates gebracht haben. Vielleicht kann ein solcher Vorfall dazu beitragen, daß Absichtsstehende ihre Passivität ablegen. Noch ist es nicht so weit, daß die Atom-Mafia den Kampf gewonnen hat. Allerdings wächst den Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen eine immer größere Verantwortung für die Verteidigung der Bürgerrechte zu. Sie können nicht stark genug werden; denn der Einzelne ist in unserer Massengesellschaft machtlos!

B. M.

Kurznachrichten

3. umweltpolitische Tagung in Bad Boll vom 3. bis 6. Februar 1977

Der Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e. V. veranstaltet in der Ev. Akademie in Bad Boll vom 3. bis 6. Februar 1977 seine Jahrestagung zu Fragen des biologischen Landbaus unter dem Rahmenthema »Landwirtschaft in der ökologischen Krise«.

Neben dem Vortrag des dann amtierenden Bundesernährungsministers sind Plenumsreferate von Dr. Herbert Gruhl, Hubert Weinzierl, Rudolf Schreiber sowie von Vertretern der biologisch-dynamischen und organisch-biologischen Wirtschaftsweisen vorgesehen.

Zwei Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen und eine Reihe von Arbeitskreisen werden das interessante Programm abrunden.

Wir laden schon heute herzlich dazu ein und empfehlen eine rechtzeitige Anmeldung, da wieder mit einer Überbelegung gerechnet werden muß.

Anmeldungen sind zu richten an die Ev. Akademie, 7325 Bad Boll, z. Hd. von Frau Vetter, Tel. (071 64) 60 51.

Inhalt:

- Seite 1:
Kriegszustand an der Elbe
Kurznachrichten
- Seite 2:
Energiekrise oder moralische Krise?
Ölböhrungen in der Nordsee
- Seite 3/5:
Der Fall Brokdorf
Stimmen zur Lage
- Seite 6:
Mit falschen Zungen
- Seite 7/8:
Sterbende Flüsse
Neue Bücher

*Allen unseren Lesern und Freunden
möchten wir auf diesem Wege einige frohe
und besinnliche Stunden in der Weih-
nachtszeit wünschen und ebenso einen guten
Start in das Neue Jahr.*

*Es wird ein kritisches Jahr werden, in dem
wir alle Kräfte zusammennnehmen und zu-
sammenführen müssen, um uns gegen In-
dustriemacht und Behördenwillkür zu be-
haupten.*

In eigener Sache

Nach längeren Verhandlungen ist es jetzt soweit, daß unsere Zeitschrift im neuen Jahr auf Umweltschutzpapier gedruckt werden kann.

Genehmigung aufgehoben

Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat die Genehmigung zur Einleitung des Kühlwassers vom Kernkraftwerk Unterweser bei Esenshamm (Landkreis Wesermarsch) in die Weser aufgehoben. Damit gab das Gericht der Klage eines Berufsfischers statt, der nachteilige Folgen für die Fischerei in der vom Kühlwasser erwärmten Weser befürchtet. Gegen dieses Urteil in erster Instanz ist Berufung vor dem Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg zulässig.

Die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts Oldenburg unterstrich in der mündlichen Urteilsbegründung, bei der Genehmigung sei der geltende Wärmelastplan für die Weser nicht ausreichend beachtet worden. Die festgesetzten Werte würden durch das genehmigte Kühlverfahren des Kernkraftwerks Unterweser überschritten. Gegen die wasserrechtlichen Genehmigungen wurden insgesamt 7, gegen die atomrechtlichen Teilgenehmigungen 30 Klagen eingereicht, die mit dem Urteil nicht erledigt sind.

dpal/fwt 22. 9. 1976